

VON DER BUNDESREPUBLIK LERNEN?

DER VERGLEICH MIT DEUTSCHLAND IN DER JAPANISCHEN DISKUSSION ÜBER KRIEGSSCHULD UND VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

Volker FUHRT

1. EINLEITUNG

Erörterungen zum Thema Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und Japan stehen häufig unter der Prämisse eines vermeintlichen Modellcharakters der Bundesrepublik. Deutsche Betrachtungen japanischer Vergangenheitsbewältigung, sofern sie sich nicht überhaupt auf die Wahrnehmung beschränken, in Japan habe es keine Bewältigung der imperialistischen Vergangenheit gegeben, empfehlen den Japanern nicht selten vom Podest des Oberlehrers aus, sich das Beispiel der deutschen Bewältigungsarbeit hinter die Ohren zu schreiben. Deutsch-japanische Diskussionsrunden über Vergangenheitsbewältigung bieten der deutschen Seite ausreichend Gelegenheit, angesichts des abschreckenden Beispiels Japan, das in Asien keine Freunde habe, in behaglicher Selbstgefälligkeit mehr oder weniger strenge Noten zu erteilen, ohne die japanischen Rahmenbedingungen zur Kenntnis zu nehmen.¹

Für Japan selbst stellt sich die Lage nicht so eindimensional dar. Hier hatte man sich mit Kapitulation und Besetzung abgefunden und sich mit der „Friedensverfassung“ von 1946 zum vermeintlichen Musterschüler in Sachen Friedensliebe und Abrüstung entwickelt. Vom einzigen ernsthaften Partner USA weitgehend von den Problemen der Annäherung und Aussöhnung mit den asiatischen Nachbarn entlastet, entwickelte sich Japan zu einer Wirtschaftsgrößmacht mit einem relativ niedrigen Rüstungs-

¹ Ein systematischer und abgewogener Vergleich der Bewältigungsformen von deutscher Seite steht noch aus. Überhaupt erscheint fraglich, ob angesichts der mageren Forschungslage zur japanischen Problematik ein Vergleich mit seinen nötigen Vergrößerungen nicht zu Lasten der Trennschärfe geht. Die vor einiger Zeit von dem niederländischen Journalisten Ian BURUMA (1994) veröffentlichte Gegenüberstellung ist zwar weit von einer systematischen Studie entfernt und enthält einige ärgerliche sachliche Fehler, bietet aber dennoch viele wichtige Einsichten in die psychologischen Hintergründe von Bewältigungs- und Verdrängungsformen in Japan und Deutschland.

niveau, deren Vakuum an nationaler Identität seit Mitte der 50er Jahre von konservativen Regierungen mit einem über die Schulerziehung und staatliche Gedenkfeiern transportierten affirmativen Geschichtsbild aufgefüllt wurde. Die Versöhnung mit der eigenen Geschichte hatte lange Zeit keine ernsthafte Machtprobe mit Kräften von außen (also den asiatischen Nachbarn) zu bestehen, und auch im Inneren erwies sich die japanische Linke als zu schwach, um dem Regierungskurs Einhalt zu gebieten.²

Vor diesem Hintergrund traf der Schulbuchskandal im Sommer 1982 Regierung und Öffentlichkeit in Japan völlig überraschend. Zum ersten Mal war der vermeintlich innerjapanische Umgang mit der eigenen Geschichte zu einem außenpolitischen Problemfall geworden, auf den Japan denkbar schlecht vorbereitet war. In dieser politischen Notlage war es zunächst ein Teil der veröffentlichten Meinung, der mangels eigener Konzepte auf das Vorbild der deutschen Vergangenheitsbewältigung hinwies. Die daraus entstandene Diskussion sollte bis in die jüngste Zeit nicht an Bedeutung verlieren, da sich Japans Politiker durch zweifelhafte Handlungen und Äußerungen immer wieder in Rechtfertigungszwang gegenüber den früheren Kriegsgegnern und Kolonien manövrierten. Der Tod des Shōwa-Tennō 1989 gab dem Wunsch nach einer Abrechnung mit Japan in vielen ostasiatischen Ländern zusätzlichen Auftrieb.

Der vorliegende Beitrag versucht, anhand dreier Beispiele – Schulbuchskandal 1982, öffentliches Gedenken an das Kriegsende und Entschädigung von Kriegsoffizieren – Hintergründe, Ablauf und Bedeutung des Vergleichs mit der Bundesrepublik für die japanische Diskussion über die Lasten der Vergangenheit aufzuzeigen. Schließlich soll in einer Typologie der Vergleichsstrategien veranschaulicht werden, daß sich hinter den widerstreitenden Deutschlandbildern ganz unterschiedliche Vorstellungen und Konzepte von der japanischen Geschichte, Gegenwart und Zukunft verbergen. Hierbei wurde weniger Wert auf Vollständigkeit als auf die Gegenüberstellung der wichtigen Grundpositionen gelegt.

² Der begrenzte Rahmen für diesen Beitrag macht eine erhebliche Vergrößerung der Darstellung leider unumgänglich. Daher sei an dieser Stelle der Verweis auf zwei eingehendere Veröffentlichungen des Autors zu diesem Hintergrund (FUHRT 1992, 1997) gestattet.

2. ANLÄSSE UND ERGEBNISSE DES VERGLEICHS IN DEN 80ER UND 90ER JAHREN

2.1 Der Schulbuchskandal von 1982

Im Sommer 1982 mußte sich die japanische Regierung mit offiziellen Protestnoten aus Peking und Seoul auseinandersetzen, die beschönigende Eingriffe des japanischen Kultusministeriums (*Monbushō*) in die Darstellung der jüngeren Geschichte in Schulbüchern kritisierten und die Rücknahme der vorgenommenen Korrekturen forderten.³ Die Affäre konnte nach langwierigen Beschwichtigungsversuchen durch eine Erklärung der japanischen Regierung vom 26. August 1982 bereinigt werden, die zwar nicht die Rücknahme der Korrekturen zusagte, aber versprach, in zukünftigen Zulassungsverfahren für Schulbücher die Gefühle der asiatischen Nachbarn in Fragen zeitgeschichtlicher Darstellungen angemessen zu berücksichtigen. Im folgenden Jahr wurde ein entsprechender Passus in die Zulassungsrichtlinien des *Monbushō* eingefügt.

Der Schulbuchskandal beschäftigte die japanischen Medien während des ganzen Sommers 1982. Einen Nebenaspekt der Diskussion um das in japanischen Schulbüchern verbreitete Geschichtsbild und die japanische Vergangenheitsbewältigung bildete der Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland, der in Teilen der Presse angestellt wurde. Die meisten dieser Beiträge bestanden aus sehr oberflächlichen Beschreibungen der Inhalte bundesdeutscher Geschichtslehrbücher, der Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission und der Versöhnungspolitik der Bundesrepublik gegenüber den früheren Kriegsgegnern und Israel, welche als

³ In seinen Korrekturanweisungen hatte das *Monbushō* die Autoren von Geschichtslehrbüchern für Oberschulen verbindlich angewiesen, u. a. den aggressiven Charakter der militärischen Expansion in China nicht zu betonen, die Darstellung des um die Jahreswende 1937/38 von der japanischen Armee begangenen Massakers von Nanking abzuschwächen und detaillierte Beschreibungen von Unterdrückungsmaßnahmen der japanischen Kolonialverwaltung in Korea zu streichen (vgl. zu den Details SRKTI 1982). Oberflächlich betrachtet wurde der außenpolitische Konflikt mit China und Südkorea von der Berichterstattung japanischer Tageszeitungen über die Ergebnisse des Zulassungsverfahrens durch das *Monbushō* ausgelöst. Dieser Umstand und die Tatsache, daß einige Tageszeitungen in einem Detail die vorgenommenen Korrekturen unrichtig wiedergaben und diese Fehlinformation als Aufmacher verwendeten, nutzten einige rechtskonservative Kritiker dazu, in einer gezielten Kampagne die Vorwürfe gegen das *Monbushō* insgesamt als haltlos abzutun und die Affäre als Ergebnis reiner Falschmeldungen der Presse darzustellen (am heftigsten WATANABE 1982).

nachzueifernde Beispiele dargestellt wurden (AS 29.7.1982: 23; YS 3.8.1982: 9, 12.8.1982: 3, 30.8.1982: 5). Ungeklärt blieben dabei Rahmenbedingungen und Entstehungsgeschichte der bundesdeutschen Vergangenheitsbewältigung, so daß die Leser mit einem sehr verklärten Bild dieses Prozesses konfrontiert wurden.

Andere Stimmen vermittelten eine differenziertere Betrachtung des als Vorbild angesehenen Umgangs der Bundesrepublik mit der Vergangenheit, so der Erziehungswissenschaftler Fujisawa Hōei und der Historiker Yamaguchi Yasushi, die zwar auch die internationale Zusammenarbeit der Bundesrepublik als Beispiel für Japan empfahlen, gleichzeitig aber auch auf die historischen Voraussetzungen und den evolutionären Charakter dieser Kooperation hinwiesen (FUJISAWA 1982: 5, YAMAGUCHI 1982: 65).

Wichtigstes Argument der in konservativen Medienorganen⁴ geäußerten Kritik an der Empfehlung bundesdeutscher Vergangenheitsbewältigung war die Unvergleichbarkeit der Vergangenheiten, die den Vergleich gegenstandslos mache, denn: „Japan hatte kein Auschwitz“ (WATANABE 1982: 34). Festzuhalten ist jedoch, daß hinter dieser Argumentation das Bedürfnis nach einer affirmativen Betrachtung der eigenen Geschichte steht und die Zurückweisung des Vergleichs eine grundsätzliche Absage an eine selbstkritische Sichtweise des japanischen Imperialismus darstellt (vgl. hierzu näher Abschnitt 3.2).

2.2 Öffentliches Gedenken an das Kriegsende 1985 und 1995

Nach dem Schulbuchskandal von 1982 geriet Japans Verhältnis zur eigenen Vergangenheit im Sommer 1985 erneut ins Gerede, als Ministerpräsident Nakasone Yasuhiro am 15. August anlässlich des 40. Jahrestags der japanischen Kapitulation als erster Nachkriegspremier dem Yasukuni-Schrein einen offiziellen Besuch abstattete. Nakasone wollte damit ein Tabu der Nachkriegszeit aus dem Weg räumen, hatte dabei jedoch die Empfindlichkeit der Nachbarstaaten, allen voran wieder China und Südkorea, gegen diese Geste unterschätzt, die auch eine symbolische Ehrung der im Militärtribunal von Tōkyō 1948 zum Tode verurteilten und später im Schrein eingeseigneten Hauptkriegsverbrecher beinhaltete. Vor allem

⁴ Gemeint sind hier vor allem die Publikationen des Verlagshauses Bungei Shunjū – neben der gleichnamigen Monatszeitschrift das ebenfalls monatlich erscheinende „opinion magazine“ *Shokun!* – und der Fuji-Sankei-Gruppe mit der Tageszeitung *Sankei Shinbun* und der Monatszeitschrift *Seiron*.

die wütenden Proteste Pekings veranlaßten Nakasone, von weiteren Schreinbesuchen Abstand zu nehmen (ASAHI SHINBUN 1986: 71–72).

Nakasones Auftritt stand in krassem Gegensatz zu den Feierlichkeiten anläßlich des 40. Jahrestags der deutschen Kapitulation am 8. Mai, deren Höhepunkt die Ansprache von Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Deutschen Bundestag war. In dieser Rede brachte der Bundespräsident unmißverständlich zum Ausdruck, daß eine Nation sich auch an die dunklen Seiten der eigenen Vergangenheit erinnern müsse, da sie sonst die Orientierung in der Gegenwart verliere (WEIZÄCKER 1985: 6). Darüber hinaus verweilte Weizsäcker nicht im allgemeinen, sondern führte durch Aufzählung der einzelnen Gruppierungen von Opfern des Naziregimes das ganze Ausmaß der angerichteten Untaten konkret vor Augen (1985: 2–3).

Die japanische Öffentlichkeit wurde erstmals Anfang August durch einen Aufsatz des Publizisten Hidaka Rokurō in der September-Ausgabe der Zeitschrift *Sekai* aus dem Verlag Iwanami mit Auszügen der Weizsäcker-Rede bekanntgemacht (HIDAKA 1985).⁵ Der von Hidaka hier angestellte Vergleich beschränkte sich auf die Gegenüberstellung des deutschen Bundespräsidenten mit den japanischen Politikern, deren internationales Bewußtsein nicht einmal so weit reiche, bei den Gedenkfeiern zum 15. August auch nur die in Diensten der japanischen Armee ums Leben gekommenen Koreaner und Taiwan-Chinesen zu berücksichtigen (HIDAKA 1985: 29). Insgesamt bewegte sich die Perzeption der Weizsäcker-Rede im selben Rahmen wie die der deutschen Vergangenheitsbewältigung anläßlich des Schulbuchskandals, also zwischen uneingeschränkter Bewunderung und dem Hinweis auf ihre Irrelevanz im Hinblick auf die japanische Vergangenheit. Wie schon 1982 war die Diskussion auf beiden Seiten von interessenbestimmten selektiven Wahrnehmungen beherrscht. Wichtiger erscheinen jedoch die hinter den unterschiedlichen Wahrnehmungen der deutschen Erfahrungen stehenden konträren Bewertungen der japanischen Vergangenheit und Gegenwart (vgl. dazu näher die Abschnitte 3.1 und 3.2).

Bemerkenswert an der Rezeption der Weizsäcker-Rede ist jedoch, daß sie über einen langen Zeitraum hin in Japan nichts an Aktualität eingebüßt zu haben scheint. Der Einfluß der Rede erstreckte sich bis in die Diskussionen über angemessene Gedenkformen für den 50. Jahrestag des Kriegsendes 1995. Obwohl oder gerade weil sich bereits im August 1993 der damalige Ministerpräsident Hosokawa Morihiro in bis dahin unerreichter Deutlichkeit zu Japans Verantwortung für Invasionskrieg und Kolonial-

⁵ Den vollständigen Redetext veröffentlichte der Verlag Iwanami Anfang 1986 in einer kommentierten Übersetzung des Journalisten und Hochschullehrers Nagai Kiyohiko.

herrschaft bekannt hatte, beobachtete die Öffentlichkeit im In- und Ausland gespannt die Bemühungen um eine „Antikriegsresolution“ (*fusen ketsugi*) des Parlaments. Unter der Regierungskoalition von LDP, SPJ und Shintō Sakigake mit dem sozialistischen Ministerpräsidenten Murayama Tomiichi schien die Gelegenheit für ein klares Bekenntnis des Parlaments zur japanischen Kriegsschuld, das 1991 anlässlich des 50. Jahrestags des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor nicht zustande gekommen war, günstiger denn je. Daß sich dabei die Initiatoren und Befürworter einer Entschuldigungsresolution auf das Vorbild der Weizsäcker-Rede von 1985 bezogen, erschien nicht weiter verwunderlich. Eine neue Variante der Weizsäcker-Rezeption war jedoch bei den Gegnern einer Entschuldigung des Parlaments zu beobachten. Hier wurde die Rede teilweise in verzerrender Weise für die Ablehnung instrumentalisiert.

Die meisten Kritiker der geplanten Entschuldigungsresolution sahen einfach keinen Grund, sich zu entschuldigen, da sie dies als Beleidigung der im Krieg gefallenen Vorfahren betrachteten. Die 1961 geborene Shinsintō-Abgeordnete Takaichi Sanae, Mitunterzeichnerin eines entsprechenden Aufrufs von Gegnern der Resolution, nahm darüber hinaus für sich persönlich die Gnade der späten Geburt in Anspruch. Sie gehöre zu einer Generation, sagte sie im Unterhaus, die in keiner Weise am Krieg beteiligt war, also habe sie auch keinen Grund, in sich zu gehen. Zur Untermauerung ihrer Ansicht zitierte sie aus dem Zusammenhang gerissene jene Passagen aus der Weizsäcker-Rede, in der er mit dem Hinweis auf die rein biologisch bedingte Unfähigkeit des größten Teils der Bevölkerung der Bundesrepublik zur Beteiligung an den Verbrechen des Naziregimes den Gedanken der Kollektivschuld der Deutschen ablehnte. Dabei unterschlug sie jene Teile der Rede, in denen die selbstkritische Rückschau gefordert wurde und die die eigentliche Bedeutung der historischen Rede ausmachten (TAKAICHI 1995: 7).

Der Historiker Hata Ikuhiko argumentierte in einem Interview mit der *Asahi Shinbun*, der Inhalt der geplanten Resolution sei unter den Abgeordneten aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen über die eigene Geschichte derart umstritten, daß nur eine zu Mißverständnissen im Ausland einladende Kompromißformel zustande kommen könne. Jede Erklärung, die hinter Äußerungen von deutschen Vertretern wie dem ehemaligen Bundespräsidenten zurückbleibe, würde Japans Ansehen in der Welt eher schaden als nützen (ASKE 18.3.1995: 9). Hatas Bedenken sollten sich angesichts des unbefriedigenden Inhalts und der Begleitumstände der am 9. Juni 1995 vom Unterhaus verabschiedeten Resolution (ASKE 10.6.1995: 1) als geradezu prophetisch erweisen. Diesen verheerenden Eindruck konnte Ministerpräsident Murayama allerdings in seiner Erklärung zum

15. August 1995 mit einer unmißverständlichen Entschuldigung für Japans Invasionskrieg und Kolonialherrschaft in Asien wieder korrigieren.

2.3 Die Entschädigungsfrage in den 90er Jahren

In den Verhandlungen um den Friedensvertrag von San Francisco und die späteren bilateralen Reparationsabkommen war es Japan in den 50er und 60er Jahren gelungen, die „Eintrittskarte“ zu den vielversprechenden Absatzmärkten Südostasiens zu lösen, ohne den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu gefährden und ohne demütigende Entschuldigungsgesten leisten zu müssen (FUHRT 1992: 492). Begünstigt wurde diese Haltung durch die machtpolitischen Konstellationen des Kalten Krieges und das jeweils für Japan sprechende Kräfteverhältnis gegenüber den asiatischen Nachbarn.⁶ Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg einer Reihe ost- und südostasiatischer Nationen wuchs dort seit den 80er Jahren das Selbstbewußtsein gegenüber Japan. Parallel dazu entwickelte sich innenpolitisch das Unbehagen der Bevölkerung gegenüber dem häufig auf Beschwichtigung ausgerichteten Kurs der eigenen Regierung gegenüber Tōkyō in Fragen der Vergangenheitsbewältigung. Dies manifestierte sich besonders in Ländern mit einem hohen Demokratisierungsgrad wie Südkorea oder Taiwan in Form von Bürgerinitiativen für die Durchsetzung von Ansprüchen gegen Japan aus der Zeit von Krieg und Kolonialherrschaft. Bekanntestes Beispiel sind die *jūgun ianfu* (wörtlich: „Militär-Trösterinnen“), vornehmlich Frauen aus den japanischen Kolonien oder den von japanischen Truppen besetzten Gebieten in Asien, die während des Krieges zur Prostitution in der japanischen Armee herangezogen wurden. Seit 1991 gehen ehemalige Zwangsprostituierte aus Korea, Taiwan, den Philippinen, aber auch aus den Niederlanden in die japanische Öffentlichkeit und machen vor Ge-

⁶ Die Gesamtsumme aller Reparationsleistungen und der nicht rückzahlbaren Wirtschaftshilfe belief sich auf rund 1,5 Milliarden Dollar (525,24 Milliarden Yen). Der Charakter der Reparationsleistungen, die vor allem aus Kapitalgütern für Infrastrukturprojekte bestand, war ambivalent. Zweifellos waren sie darauf ausgerichtet, japanischen Firmen neue Absatzmärkte in Südostasien zu erschließen und so die eigene Wirtschaft anzukurbeln. Auf der anderen Seite ist ihre Rolle bei der Industrialisierung der südostasiatischen Länder, allesamt unter Kapitalmangel leidende Entwicklungsländer, nicht zu unterschätzen. Festzuhalten bleibt aber, daß das im Friedensvertrag festgeschriebene Grundmotiv der Reparationen, die Entschädigung der im Krieg von Japan besetzten Länder für materielle Schäden und seelische Leiden, in den politischen Überlegungen der japanischen Regierung und der öffentlichen Diskussion in Japan keine Rolle spielte (ARA 1989: 230–246).

richten Ansprüche gegen den japanischen Staat geltend. Ihre Forderungen umfassen Schmerzensgeld bzw. Schadenersatz sowie eine offizielle Entschuldigung des japanischen Staates für die eklatante Verletzung ihrer Menschenwürde (vgl. YOSHIMI 1995).

Japanische Regierungen von Miyazawa bis Hashimoto haben durchweg zu erkennen gegeben, daß sie durch die bestehenden zwischenstaatlichen Vereinbarungen alle aus dem Zweiten Weltkrieg und der Kolonialzeit herrührenden Ansprüche als erledigt betrachten. Tōkyō ist nicht bereit, sich mit individuellen Ansprüchen auseinanderzusetzen und überläßt die Klärung dieser Frage der japanischen Gerichtsbarkeit. Dahinter steht offensichtlich auch das Kalkül, daß angesichts der langwierigen Verfahren die meisten Fälle einer biologischen Lösung anheimfallen werden. Auch bei der Aufklärung der Sachverhalte japanischer Kriegsverbrechen zeigte sich die japanische Regierung bislang alles andere als kooperativ. Die von der Regierung Murayama 1995 ins Leben gerufene private „Stiftung für asiatische Frauen“ (*Ajia Josei Kikin*)⁷ wird wegen ihres unverbindlichen Charakters viele der Betroffenen nicht zufriedenstellen können. Eine Reihe von ehemaligen Zwangsprostituierten hat angekündigt, daß sie keine finanziellen Unterstützungen aus der Stiftung annehmen werden, da sie durch die Stiftungslösung ihre Forderungen nach staatlicher Wiedergutmachung in keiner Weise erfüllt sehen. Hinzu kommen organisatorische Probleme der Stiftung, die zum großen Teil darauf zurückzuführen sind, daß Ministerpräsident Hashimoto offenbar nur äußerst widerwillig bereit ist, durch eine offizielle Entschuldigung an alle ehemaligen Zwangsprostituierten und durch persönliche Einflußnahme auf Wirtschaftsverbände und Unternehmen die Stiftung in der von seinem Vorgänger versprochenen Weise zu fördern (ASKE 3.5.1996: 1).

In der japanischen Öffentlichkeit wird das Problem individueller Entschädigungen durchaus kontrovers diskutiert. Konservative Medienorgane unterstützen die Haltung der Regierung, während ein Teil der Presse im Verbund mit einigen Historikern und Bürgergruppen für eine schonungslose Aufklärung der dunklen Seiten der japanischen Geschichte von Krieg und Kolonialherrschaft und für eine Entschädigung der Opfer plädiert. Hierbei wird häufig auch das Beispiel der Entschädigung der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch die Bundesrepublik als Argument ins Spiel gebracht. Anfangs wurde häufig das Ausmaß der deutschen Wiedergutmachungsleistungen der Weigerung Japans zur Zahlung von Entschädigungen gegenübergestellt oder das quantitative Ungleichgewicht

⁷ Der offizielle Name der Stiftung – *Josei No Tame No Ajia Heiwa Kokumin Kikin* – läßt sich am sinnvollsten wohl mit „Volksstiftung für Frauen zur Förderung des Friedens in Asien“ übersetzen.

zwischen den japanischen Reparationen und den 65mal so hohen Entschädigungsleistungen der Bundesrepublik betont.⁸ Diese Argumentationsweise macht an sich noch nicht die Notwendigkeit japanischer Entschädigungsleistungen plausibel, sie ist noch nicht einmal der sachlichen Kritik an der japanischen Praxis dienlich. Der simple Vergleich mit der Bundesrepublik verlor auch schnell an Bedeutung zugunsten von Versuchen, die Defizite der japanischen Entschädigungspraxis klarzumachen und aus den deutschen Erfahrungen Lehren zu ziehen (z. B. SATO 1991, 1993). Auf der anderen Seite argumentieren Gegner materieller Entschädigungsleistungen mit der Unvergleichbarkeit sowohl der Vergangenheiten als auch der Bewältigungsformen beider Länder. Hier dient der Vergleich als Instrument der Bestätigung eines engstirnigen Nationalismus, der seine Legitimation aus einer perzipierten Sonderrolle Japans bezieht (vgl. hierzu näher Abschnitt 3.2).

3. TYPOLOGIE DER VERGLEICHsstrATEGIEN

3.1 Der Vergleich als Ausdruck von Eurozentrismus und eigener Machtlosigkeit

Der in den drei Beispielen beobachtete Versuch, die Lösung für Japans Probleme mit seiner Vergangenheitsbewältigung im deutschen Beispiel zu suchen, kann sicherlich als Ausfluß eines unter japanischen Intellektuellen immer wieder nachweisbaren Eurozentrismus gedeutet werden.

Dabei wird immer weniger Wert auf eine absolute Überhöhung des Deutschlandbildes gelegt, vielmehr dient in jüngster Zeit häufiger eine abgewogene Darstellung deutscher Vergangenheitsbewältigung als Wertmaßstab für die Beurteilung der japanischen Realität, die dann immer noch abstoßend genug erscheint. Der Befund führt beim Kritiker zu einer tiefen Verbitterung angesichts der für das Dilemma verantwortlich gemachten politischen Kultur Japans. Dieser Unmut kann auch, anders als die Systemkritik der Linken und Progressiven nach dem Krieg, keinen Trost im Schulterschuß mit dem Volk finden. Hidaka konnte sich bei seiner Vorstellung der Weizsäcker-Rede noch auf die Überbetonung des Gegensatzes zwischen den Kriegserlebnissen der japanischen Bevölkerung und dem von Politikern und Beamten inszenierten Gedenken an den Krieg stützen und beschwor den Friedenswillen der Japaner, der sich u. a.

⁸ Als Beispiele für diese Vorgehensweise seien hier UTSUMI (1988: 44) und AS 14.7.1992: 5 genannt.

auf die Kriegserlebnisse stütze. Diese speisten sich nach HIDAOKA aus den Schrecken des Krieges und einem daraus resultierenden Opferbewußtsein, aber ebenso aus Selbstreflexion angesichts des aggressiven Charakters des Krieges (1985: 31). Mittlerweile sind etliche japanische Zeithistoriker zu dem Ergebnis gekommen, daß auch in der Bevölkerung Selbstreflexion und Täterbewußtsein nach 1945 nicht allzu weit entwickelt sind (YOSHIMI 1987, YOSHIDA 1995). Darüber hinaus haben mit dem Niedergang von SPJ, KPJ und Gewerkschaften viele Intellektuelle, die sich früher problemlos als links und progressiv definierten, ihre politische Heimat und Bedeutung verloren. Was bleibt, ist die vorzugsweise in den Publikationen der Verlage Asahi Shinbunsha und Iwanami Shoten verbreitete Fundamentalkritik am Umgang mit der Vergangenheit in Japan, an der politischen Kultur, am Umgang mit dem Ausland, an der Medienlandschaft, ohne Aussicht auf Verbesserung von innen (vgl. z. B. NAGAI 1991: 218–232). Die Aufmerksamkeit und an Personenkult grenzende Verehrung, die Richard von Weizsäcker in Japan zuteil werden (NAGAI 1991: 235–236, CHÜNICHI SHINBUNSHA 1996), lassen den Eindruck entstehen, daß hier von einem Kreis Unzufriedener ein moralischer Übertäter gesucht und gefunden wurde, dessen (geistige und physische) Präsenz nicht zuletzt auch eine Kompensation für die eigene Machtlosigkeit bietet. Nebenbei erspart sie es dem Kritiker, nach eigenen Lösungswegen zu suchen.⁹

3.2 Die Ablehnung des Vergleichs als Ausdruck eines affirmativen Geschichtsbildes

Einen Gegenpol zur Fundamentalkritik an den japanischen Verhältnissen in Sachen Vergangenheitsbewältigung stellen konservative Publizisten dar, deren ideologischer Hintergrund von einem international kompatiblen Antikommunismus, der in Ostasien durchaus noch nicht völlig gegenstandslos geworden ist, bis zu einem engstirnigen Nationalismus mit autistischen Zügen reicht. Der Widerstand gegen eine Abkehr vom bisherigen Kurs der japanischen Vergangenheitsbewältigung stützt sich auf die Betonung außenpolitischer Interessen, die derart verstanden werden, daß

⁹ Dabei sollen jedoch Eigenanstrengungen zur Umsetzung von Anregungen aus der Weizsäcker-Rede nicht unterschlagen werden, wie die in Anlehnung an eine Passage der Rede seit 1986 jährlich im August abgehaltene „Versammlung zum Gedenken und zur Erinnerung an die Kriegsoffer in der asiatisch-pazifischen Region“ (*Ajia taiheiyo chiiki no sensō giseisha ni omoi o hase kokoro ni kizamu shūkai*), auf der Opfer des japanischen Invasionskriegs japanischen Bürgern ihre Erlebnisse nahebringen.

ein Nachgeben gegenüber Kritik und Forderungen aus dem Ausland die nationale Souveränität untergraben würde, sowie auf die Beschönigung von Japans Vergangenheit und ihrer Bewältigung nach 1945. Ein weiteres Instrument bildet die Diskreditierung der vielerorts in Japan als Vorbild angesehenen deutschen Vergangenheitsbewältigung.

Nach wie vor der wichtigste Argumentationsstrang der Gegner des Vergleichs ist die angebliche Unvergleichbarkeit der Vergangenheit beider Länder (WATANABE 1982: 34, YASUMURA 1994: 85–87, NISHIO 1994: 7–37, 72–104). Dieser Ansatz stützt sich weitgehend darauf, daß Japan keine systematische Vernichtungspolitik gegen andere Völker betrieb. Diese Binsenweisheit allein schafft aber noch nicht das Problem japanischer Kriegsverbrechen in Asien aus der Welt. Zu diesem Zweck wird ein Geschichtsbild propagiert, das die Ergebnisse der seriösen japanischen Geschichtsforschung völlig negiert. Dazu gehört die Umdeutung des von Japan geführten Krieges in einen Befreiungskampf gegen die Kolonialherrschaft der weißen Rasse (WATANABE 1982: 34) oder die Verharmlosung von Massakern und anderer Kriegsgreuel der japanischen Armee als normale Kampfhandlungen (WATANABE 1982: 38, NISHIO 1994: 26).

Bei NISHIO kommt auch die deutsche Vergangenheitsbewältigung nicht gut weg, wobei er in einem demagogischen Mix von Halbwahrheiten und verquerer Logik etwa den Wert der Entschädigungszahlungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Unrechtsregimes herunterrechnet, da die Bundesrepublik eben nur für Nazi-Unrecht Wiedergutmachung (*hoshō*) geleistet habe, aber keine Reparationen (*kokka baishō*) als Kompensation der Kriegsschuld (1994: 88–91). Hierbei unterschlägt Nishio den historischen Sachverhalt, daß Reparationen als Ergebnis eines Friedensvertrags der unterlegenen Kriegspartei auferlegt wurden – völlig unabhängig von der Schuldfrage – und in der Regel nicht der Wiedergutmachung an den eigentlichen Opfern eines Krieges dienen (SATŌ 1991: 297). Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß der Aspekt der Entschädigung der Opfer auch keine Rolle bei den von Japan geleisteten Reparationen spielte (vgl. Fußnote 6). Insofern ist Nishios Hinweis auf fehlende Reparationszahlungen der Bundesrepublik im Kontext der Entschädigungsproblematik irrelevant. Das Ziel seiner Argumentation ist indes ein anderes: Wenn Japans Kriegsverbrechen in Asien den Untaten der Nazis gleichzusetzen wären, dann dürften die Japaner nicht zögern, Wiedergutmachung zu leisten (NISHIO 1994: 91–92). Hiermit schließt er per Definition die Berechtigung von Entschädigungsansprüchen aus. Überspitzt formuliert, ließe sich die Haltung der vehementen Gegner des Modells Deutschland wie folgt umschreiben: Nicht die Deutschen haben die besseren Schulbücher oder die bessere Vergangenheitsbewältigung. Vielmehr haben wir, die Japaner, die bessere Vergangenheit.

3.3 Der Versuch aktiven Lernens von der Bundesrepublik

Abseits von der publizistischen Scheindebatte um das Für und Wider einer Vorbildfunktion der deutschen Vergangenheitsbewältigung, hinter der die Auseinandersetzung über die Bewertung der japanischen Vergangenheit und Gegenwart steht, hat sich ein dritter Strang herausgebildet, der als eine Weiterentwicklung des eurozentrischen Blicks auf die Bundesrepublik angesehen werden kann. Eine Reihe von Aktivisten, die die Aufgabe der Aussöhnung Japans mit den asiatischen Völkern nicht dem Staat überlassen wollen, versucht aus Erfolgen wie auch aus Versäumnissen der deutschen Praxis Lehren für das eigene Engagement zu ziehen und daraus neue Konzepte zu entwickeln. Ein Beispiel – die Bemühungen des Erziehungswissenschaftlers Fujisawa Hōei um die Gründung einer Schulbuchkooperation mit Südkorea – soll hier näher vorgestellt werden.¹⁰

Anhand seiner umfangreichen Studien der deutschen Schulbuchgeschichte war FUJISAWA klar geworden, daß die für ihn vorbildhafte Entwicklung der bundesdeutschen Schulbücher ein langer historischer Prozeß war und die Verwirklichung der Schulbuchkooperation mit Polen zum großen Teil von einer innenpolitischen Konstellation – der Bildung einer sozialliberalen Regierungskoalition – getragen wurde, die in Japan nicht erwartet werden konnte (1986: 222). Im Gegensatz zu vielen anderen Kritikern der japanischen Vergangenheitsbewältigung wollte er es jedoch nicht beim Lamentieren belassen, sondern ging auf die Anregung eines koreanischen Historikers, der Fujiwaras Studie über die Geschichtsdarstellung in deutschen Schulbüchern gelesen hatte, zur Gründung einer japanisch-südkoreanischen Gesprächsrunde über Schulbuchinhalte ein (FUJISAWA 1994: 44). Diese Initiative, die auf japanischer Seite von einer Gruppe von Historikern, Geschichtslehrern und engagierten Bürgern getragen wird, startete 1991/92 mit einer Reihe von vier alternierend in Tōkyō und Seoul abgehaltenen Konferenzen über Geschichtslehrbücher, in deren Verlauf beide Seiten Positionen und Probleme der Darstellung der Beziehungen beider Länder in den Schulbüchern austauschten.

¹⁰ Aus Platzgründen muß auf weitere Beispiele leider verzichtet werden. Zu nennen wäre weiter der Historiker Satō Takeo, der sich intensiv mit der deutschen Wiedergutmachung auseinandergesetzt hat. Wichtiger als die Hochrechnung bisheriger Entschädigungsleistungen nach dem Krieg ist für SATŌ die Analyse der Widersprüche, Ungereimtheiten und Versäumnisse der deutschen Bewältigungspraxis, für ihn liegen hier die wertvollsten Lehren aus den deutschen Erfahrungen (1991: 306–308).

Die Hürden, die sich vor diesem Unterfangen auftun, sind hoch. Die Gespräche haben einen rein inoffiziellen Charakter und finden zumindest auf japanischer Seite nicht die Unterstützung der Regierung, da Tōkyō bisher seine Schulbuchzulassung als rein innenpolitisches Problem betrachtet, das nicht zum Gegenstand internationaler Verhandlungen gemacht werden könnte. Neben diesem formalen Einwand dürfte eine aktiv selbstkritische Darstellung der eigenen Geschichte auf absehbare Zeit in der konservativ geprägten politischen Landschaft Japans keine Chance auf Verwirklichung haben. Die vom außenpolitischen Kalkül geprägte Einsicht aufstrebender Politiker, daß die bisherige sture Leugnung der japanischen Verantwortung für Krieg und Kolonialherrschaft dem internationalen Image Japans abträglich ist (vgl. etwa OZAWA 1993: 150–151), findet da ihre Grenzen, wo sie in Konflikt mit den Interessen wichtiger Unterstützungsguppen konservativer Politiker wie dem Hinterbliebenenverband (*Nihon Izokukai*) gerät.

Daß die Verständigung über ein für beide Seiten akzeptables Geschichtsbild auch auf der Ebene von – in ihrem Wunsch nach Verständigung – Gleichgesinnten mit erheblichen Problemen verbunden ist, war allen Beteiligten der gemeinsamen Schulbuchforschung von vornherein klar. Zu unterschiedlich sind die in beiden Ländern verbreiteten Perzeptionen und Stereotypen über den Nachbarn, zu unterschiedlich auch die emotionale Beteiligung an der historischen Erfahrung als Opfer bzw. Täter. Nicht unproblematisch erscheint hier die koreanische Erwartung einer einseitigen japanischen Vorleistung, d. h. einer gründlichen Revision der japanischen Geschichtsbücher vor der Diskussion über koreanische Lehrbücher (RHEE 1994: 52). Die Forderung nach Revision wird von den japanischen Teilnehmern der gemeinsamen Forschungsgruppen uneingeschränkt geteilt, da sich die allmählichen Lockerungen der Zulassungspraxis nicht als hinreichend erwiesen haben. Doch haben auch die japanischen Forscher und Pädagogen ihre Anliegen an koreanische Geschichtsdarstellungen. So sollte die koreanische Seite u. a. zur Kenntnis nehmen, daß es vor 1945 eine Minderheit von Japanern gegeben habe, die Invasionskrieg und Kolonialherrschaft ablehnten und ohne Überheblichkeit den Austausch mit anderen asiatischen Nationen pflegten (FUJISAWA 1994: 46). Immerhin scheint auch der koreanischen Seite klar zu sein, daß eine Annäherung der Positionen Zeit erfordert und es ein Fehler wäre, bei Korrekturen auf Vollzähligkeit zu beharren (RHEE 1994: 52).

4. AUSBLICK

Betrachtet man den Antagonismus zwischen den in Abschnitt 3.1 und 3.2 vorgestellten Gruppen, die ich hier verkürzt als Eurozentriker und Nationalisten umschreibe, muß konstatiert werden, daß beide Positionen keine brauchbaren Konzepte für eine dauerhafte Aussöhnung mit den asiatischen Nachbarn bieten und sich gegenseitig blockieren.

In der politischen Diskussion über den zukünftigen Umgang mit der Vergangenheit verliert das in der Weizsäcker-Verehrung zum Ausdruck kommende passive Verharren der Eurozentriker in der Rechthaberei zunehmend an Bedeutung. Der Verweis auf die moralische Überlegenheit deutscher Politiker ist kein sehr überzeugendes Argument zugunsten einer aktiveren Aussöhnungspolitik Japans mit ihren eigenen spezifischen Problemen.

Umgekehrt findet der Ansatz der Nationalisten mit seinem an chauvinistische Instinkte appellierenden Geschichtsbild unter konservativen Politikern noch viele Anhänger, ist aber gesamtgesellschaftlich betrachtet nicht mehr mehrheitsfähig. Mit seiner für die asiatischen Nachbarn völlig unakzeptablen Deutung der japanischen Zeitgeschichte würde er das Land auch in die völlige Isolation treiben. Andererseits haben die Unbelehrbaren in Japan unter konservativen Politikern noch immer genügend Anhängerschaft, um ein erhebliches Störpotential auf dem Weg zu einer selbstkritischeren Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit zu bilden.

Schließlich bildet die Gruppe jener Aktivisten, die den Vergleich mit Deutschland nicht als Selbstzweck verstehen, sondern über den Vergleich hinaus mit eigenen Mitteln die Aussöhnung und Verständigung mit der Bevölkerung der früheren Kriegsgegner und Kolonien suchen, eine nur langsam wachsende Minderheit. Ihr politischer Einfluß ist sehr begrenzt, da sie unter den Parteien Unterstützung für ihr Anliegen vor allem in der SDPJ (früher SPJ) findet, deren Zukunftsaussichten trotz (oder gerade wegen) ihrer derzeitigen Regierungsbeteiligung eher düster sind. Die Gründung einer neuen politischen Kraft, die bereit wäre, die Aufarbeitung der Vergangenheit zu einem Anliegen zu machen, ist nicht in Sicht. Unter diesen Umständen sind die Möglichkeiten, von deutscher Seite auf eine aktivere Aufarbeitung der Vergangenheit einzuwirken, sehr beschränkt. Am fruchtbarsten hat sich bislang der unvoreingenommene Austausch auf Expertenebene erwiesen, während die Erteilung ungebeter Ratschläge eher kontraproduktiv wirkt.

LITERATURVERZEICHNIS

- ARA, Takashi (1989): Tainichi kōwa no teiketsu to ryōdo/baishō mondai [Der Abschluß des Friedensvertrags mit Japan und die Territorial- und Reparationsfrage]. In: FUJIWARA, Akira und Seiichi IMAI (Hg.): *Jūgonen sensōshi 4: Senryō to kōwa* [Geschichte des Fünfzehnjährigen Krieges; 4: Besatzung und Friedensschluß]. Tōkyō: Aoki Shoten, S. 207–247.
- AS = *Asahi Shinbun* (Morgenausgabe) 29.7.1982; 14.7.1992.
- ASAHI SHINBUN (1986): *Asahi Nenkan 1986* [Jahrbuch der Asahi Shinbun 1986]. Tōkyō: Asahi Shinbunsha.
- ASKE = *Asahi Shinbun Kokusai Eiseiban* 18.3.1995; 10.6.1995; 3.5.1996.
- BURUMA, Ian (1994): *The wages of guilt. Memories of war in Germany and Japan*. London: Jonathan Cape (Deutsche Ausgabe: Erbschaft der Schuld. Vergangenheitbewältigung in Deutschland und Japan. München, Wien: Hanser 1994).
- CHŪNICHISHINBUNSHA (Hg.) (1996): *Rekishi ni me o tozasu na. Waitsuzekkā Nihon enzetsu-roku* [Vor der Geschichte nicht die Augen verschließen. Aufzeichnung der Weizsäcker-Reden in Japan]. Tōkyō: Iwanami Shoten.
- FUHR, Volker (1992): Altes Mißtrauen und neue Forderungen. Schatten der Vergangenheit auf Japans Verhältnis zu seinen asiatischen Nachbarn. In: *Europa-Archiv* 47, 17, S. 491–500.
- FUHR, Volker (1997): Affirmative Interpretationen des Asiatisch-Pazifischen Krieges durch Intellektuelle in den 60er Jahren: Ueyama Shunpei und Hayashi Fusao. In: SEIFERT, Wolfgang (Hg.): *Neue Sichtweisen zu Japans Stellung in der Welt – eine Bestandsaufnahme fünfzig Jahre nach der Kapitulation*. Heidelberg (erscheint voraussichtlich 1997).
- FUJISAWA, Hōei (1982): Seidoku no kyōkasho-zukuri ni manabe [Von der Schulbuchgestaltung der Bundesrepublik lernen]. In: *Asahi Shinbun*, 19. August, S. 5.
- FUJISAWA, Hōei (1986): *Doitsujin no rekishi ishiki. Kyōkasho ni miru sensō sekinin ron* [Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Die Kriegsschuld-diskussion am Beispiel der Schulbücher]. Tōkyō: Aki Shobō.
- FUJISAWA, Hōei (1994): Die Schulbuchfrage in Japan und die Bedeutung der japanisch-koreanischen Schulbuchforschung. In: PETZINA und RUPRECHT (Hg.), S. 37–46.
- HIDAKA, Rokurō (1985): Mittsu no 40-nenme. „Kioku o iki-iki to tamotsu koto“ no imi [Der 40. Jahrestag in dreierlei Hinsicht. Was es bedeutet, „die Erinnerung lebendig zu bewahren“]. In: *Sekai* 479, S. 23–32.
- NAGAI, Kiyohiko (1991): *Waitsuzekkā enzetsu no seishin. Kako o kokoro ni kizamu* [Der Geist der Weizsäcker-Rede. Sich der Vergangenheit erinnern]. Tōkyō: Iwanami Shoten.

- NISHIO, Kanji (1994): *Kotonaru higeki – Nihon to Doitsu* [Unterschiedliche Tragödien: Japan und Deutschland]. Tōkyō: Bungei Shunjū.
- OZAWA, Ichirō (1993): *Nihon kaizō keikaku* [Plan für eine Umgestaltung Japans]. Tōkyō: Kōdansha.
- PETZINA, Dietmar und Ronald RUPRECHT (Hg.) (1994): *Geschichte und Identität IV: Deutschland und Japan an einem neuen Wendepunkt?* Bochum: Brockmeyer.
- RHEE, Kyu-ho (1994): Die heutigen koreanisch-japanischen Beziehungen und die Bedeutung der koreanisch-japanischen Schulbuchforschung. In: PETZINA und RUPRECHT (Hg.), S. 47–52.
- SATŌ, Takeo (1991): Doitsu no sengo hoshō – Nihon no mohan ka [Deutschlands Nachkriegsentschädigungen – Vorbild für Japan?]. In: *Sekai* 561, S. 296–309.
- SATŌ, Takeo (1993): Doitsu no sengo hoshō ni manabu 13: Doitsu no taiken kara nani ga manaberu ka [Von Deutschlands Nachkriegsentschädigungen lernen, 13: Was kann man aus den deutschen Erfahrungen lernen?]. In: *Hōgaku Seminā* 468, S. 18–22.
- SRKTI = SHUPPAN RŌREN KYŌKASHO TAISAKU IINKAI (Hg.) (1982): „*Nihon-shi*“, „*Sekai-shi*“ *kentei shiryō-shū*. *Fukkatsu suru Nihon gunkokushugi to rekishi kyōkasho* [Quellensammlung zur Prüfung von „Japanischer Geschichte“ und „Weltgeschichte“. Der wieder aufkommende japanische Militarismus und die Geschichtslehrbücher]. Tōkyō: Nihon Shuppan rōdō Kumiai Rengōkai.
- TAKAICHI, Sanae (1995): Shazai ketsugi wa seijika no ekken kōi [Die Entschuldigungsresolution ist eine Überschreitung der Politikerkompetenzen]. In: *Sankei Shinbun* (Morgenausgabe), 31. März, S. 7.
- UTSUMI, Aiko (1988): Nihon no sensō sekinin wa owaranai. Zaibei Chūgo-kujin no tainichi baishō yōkyū [Japans Kriegsschuld findet kein Ende. Die Reparationsforderungen der Chinesen in den USA gegen Japan]. In: *Sekai* 522, S. 41–45.
- WATANABE, Shōichi (1982): Banken kyo ni hoeta kyōkasho mondai [Das unnütz aufgebauchte Schulbuchproblem]. In: *Shokun!* 14, 10, S. 22–44.
- WEIZSÄCKER, Richard von (1985): *Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft*. Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- YAMAGUCHI, Yasushi (1982): Seiji tenkan-ki ni okeru rekishi ishiki. Rinchō tōshin to kyōkasho mondai [Geschichtsbewußtsein in Zeiten politischen Wandels. Der Bericht der Sonderkommission und das Schulbuchproblem]. In: *Sekai* 428, S. 56–71.

- YASUMURA, Kiyoshi (1994): Kyūsei „sengo hoshō byō“ o chiryō suru [Therapie gegen die akute Krankheit „Nachkriegsentschädigungen“]. In: *Shokun!* 26, 1, S. 78–89.
- YOSHIDA, Yutaka (1995): *Nihonjin no sensōkan. Sengoshi no naka no henōyō* [Das Bild der Japaner vom Krieg. Der Wandel innerhalb der Nachkriegsgeschichte]. Tōkyō: Iwanami Shoten.
- YOSHIMI, Yoshiaki (1987): *Kusa no ne fashizumu. Nihon minshū no sensō taiken* [Graswurzel-Faschismus. Die Kriegserlebnisse des japanischen Volkes]. Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai.
- YOSHIMI, Yoshiaki (1995): *Jūgun ianfu* [Die „Militär-Trösterinnen“]. Tōkyō: Iwanami Shoten (= Iwanami shinsho; 384).
- YS = *Yomiuri Shinbun* (Morgenausgabe) 3.8.1982; 12.8.1982; 30.8.1982.